

LIBERALE SENIOREN

Nordrhein-Westfalen

Diskussion um Pflege

Die im Koalitionsvertrag vereinbarte „Konzertierte Aktion Pflege“ soll am 3. Juli beginnen. Innerhalb eines Jahres sollen Maßnahmen und Empfehlungen zur Verbesserung in der Alten- und Krankenpflege erarbeitet werden. Diskutiert werden u. a. die Vorschläge des Pflegebevollmächtigten Andreas Westerfellhaus. Er plant Prämien für Berufsrückkehrer und für Pflegekräfte, die von Teilzeit in Vollzeit wechseln. Die Arbeitszeit soll auch bei vollem Lohnausgleich auf 80% reduziert werden können und Teilzeitkräfte sollen auf 80% aufstocken können.

Armutsrisiko steigt

Das Armutsrisiko der Bevölkerung ab 65 Jahren ist in den Jahren 2005 bis 2016 von 11% Prozent auf 14,8% gestiegen. Dabei haben Frauen (16,4 %) ein deutlich höheres Risiko für Armut als Männer (12,7 %). Auch beim Armutsrisiko von Familien mit Kindern und der Chancengerechtigkeit von Kindern kommt die Regierung nicht vom Fleck, obwohl der Etat jährlich einen neuen historischen Höchststand erreicht. Das ist beschämend!



Liebe Mitglieder,

die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag fordern eine Rentenpolitik, die langfristig denkt. Richtig wäre es, die Chancen der guten Arbeitsmarktlage für die Rente zu nutzen, z. B. mit der Einführung eines flexiblen Renteneintritts nach skandinavischem Vorbild. Stattdessen verursacht die Große Koalition durch ihre Wahlgeschenke und die Manipulation der Rentenformel bis 2030 Mehrkosten von über 130 Milliarden Euro. Zuerst will sie Leistungsausweitungen, die weit über diese Legislaturperiode hinaus reichen, ins Gesetz schreiben. Erst dann soll sich eine Rentenkommission Gedanken darüber machen, wie das in Zukunft finanziert werden kann. Vorausschauende Politik sieht anders aus!

Gemäß den Plänen der Bundesregierung soll das Rentenniveau bis 2025 bei mindestens 48 Prozent fixiert werden. Der Beitragssatz soll bis dahin jedoch um mehr als einen Prozentpunkt ansteigen dürfen und somit die Beitragszahler stärker als heute belasten (sog. Doppelte Haltelinie). Das führt zu einem erheblichen Finanzbedarf, der z. B. bis 2030 nur durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte und bis



Kranken- und Pflegeversicherung: GroKo entlastet die Bürger nur scheinbar

Durch die sog. paritätische Finanzierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung will die Bundesregierung die Bürger zum 1. Januar 2019 entlasten. Sie verschweigt dabei, dass diese Entlastung die Arbeitskosten in die Höhe treiben und somit für die Unternehmen tendenziell verteuern wird. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit niedriger Lohnabschlüsse, so dass ein Entlastungseffekt für Arbeitnehmer im Ergebnis deutlich kleiner ausfallen wird.

Zusätzlich plant die Bundesregierung, den Beitragssatz für die soziale Pflegeversicherung ebenfalls zum 1. Januar 2019 um 0,3 Prozentpunkte zu erhöhen. Hierdurch wird folglich der Großteil der durch die Parität bewirkten Entlastung der Bürger bereits wieder aufgezehrt werden. Auch diese Beitragserhöhung führt zur Steigerung der Lohnnebenkosten und macht Neu-Einstellungen für Unternehmen unattraktiver.

Die Freien Demokraten haben dem ein solides Bürgerentlastungsprogramm entgegen gestellt. Sie finden es unter <http://bit.ly/19-2986>.

2045 durch eine Erhöhung um knapp 7 Prozentpunkte zu decken wäre. Zusätzlich müsste auch der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung bis 2030 um den Gegenwert eines Prozentpunktes der Mehrwertsteuer erhöht werden. Wollte man hingegen die Kosten durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters kompensieren, so würde dieses bis zum Jahr 2030 auf 69 Jahre ansteigen; im Jahr 2045 läge es sogar bei 71 Jahren. Einzelheiten dazu unter <http://bit.ly/H-Linie>.

Auch bei der Pflegeversicherung gibt die GroKo kein gutes Bild ab. Mit der geplanten Erhöhung der Pflegebeiträge machen Union und SPD ihr Entlastungsversprechen bei den Sozialversicherungsbeiträgen zunichte. Wenn trotz der positiven Arbeitsmarktlage nicht genug Geld in den Pflegekassen ist, sollten bei der Regierung die Alarmglocken klingeln! Denn bei abflauernder Konjunktur werden kurzfristige Beitragsanpassungen nicht mehr helfen. Statt bei der Höhe der Beitragssätze immer nur kurzfristig zu denken, muss Gesundheitsminister Spahn ein Konzept für eine bessere Pflege vorlegen, das langfristig finanzierbar ist. Die Freien Demokraten fordern, die enormen Chancen der Digitalisierung auch im Pflegebereich zu nutzen. Diese könnte zum einen Pflegekräfte bei der Alltagsbürokratie entlasten und zum anderen Kosten reduzieren.

Peter Schröder & Manfred Todtenhausen MdB

Landesvorsitzender LIS NRW / Stellvertretender Vorsitzender

Prioritätensetzung à la GroKo:



V. i. S. d. P.: Peter Schröder, Wilhelmstraße 25, 53721 Siegburg
Tel. 02241 / 84 42 312